

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigehaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 145

Dienstag, den 4. Dezember

1928

Erdbeben wüthet in Südamerika.

New York, 2. Dezember. Die bis heute früh aus Chile vorgehenden, noch immer sehr lästigen Beben lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß das südamerikanische Land durch eine furchtbare Erdbebenkatastrophe heimgesucht worden ist. Bereits jetzt sieht man, daß 300 Menschen ums Leben gekommen sind. Unzählige Personen sind verletzt worden. Es ist aber kaum noch zu bezweifeln, daß sich die Zahl der Toten noch stark erhöht. Denn die Erschütterungen mit den vom Erdbeben betroffenen Gebieten, die in Mittel-Chile, etwa 180 Kilometer südlich der Hauptstadt Valparaiso liegen, sind noch vollkommen unterbrochen. Die Städte Talca und Chillan, die etwa 70 000 Einwohner haben, sind fast völlig zerstört.

Schwere Krisis im Befinden des englischen Königs.

London, 2. Dezember. Das Befinden des englischen Königs scheint nunmehr zur größten Besorgnis Anlaß zu geben. Die Ärzte blieben heute morgen drei Stunden am Krankenbett.

Deutsche von der französischen Armee verhaftet.

In Mainz wurden am Donnerstag vormittag von der französischen Besatzungsbehörde zwei Beamte und vier Arbeiter des Reichsvermögensamtes wegen angeblicher Spionage verhaftet. Ein Beamter und ein Arbeiter wurden wieder freigelassen. Wie man hört, kommt Spionage gar nicht in Frage.

Die Franzosen vermuten, daß die Verhafteten Mitteilungen von Truppenverchiebungen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Reichsvermögensverwaltung zur Kenntnis gelangt sind, an deutsche Stellen weitergegeben haben. Gemäß der Gepflogenheit der französischen Gerichtsbarkeit, die Voruntersuchung allein zu führen, ist abgelehnt worden, einen Rechtsbeistand zu den Verhafteten zu lassen, die auch im übrigen von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten und getrennt untergebracht worden sind. Nicht einmal Vertreter des Roten Kreuzes, die sich nach dem Befinden erkundigen wollten, wurden vorgelassen.

Eine andere Ursache der Rheinland-Verhältnisse ist die Tatsache, daß Deutschland drei geplante Rheinbrücken vorläufig nicht bauen darf, bevor nicht die Vorkontrollkommission zugestimmt habe. Bisher soll jedoch die interalliierte Militärkommission unter Marschall Foch befragt werden.

Bedingungslose Räumung des besetzten Gebietes.

Köln. Der Landesverband Mittelrhein der Deutschen Nationalen Volkspartei erläßt eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: Am 1. Dezember führt sich zum zehnten Male der Tag, an dem die fremde Besatzung in das Rheinland einmarchierte. An diesem Tage gilt es, erneut vor aller Welt die moralisch und rechtlich gestiftete einmütige Forderung unseres ganzen Volkes auf sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes mit besonderem Nachdruck zu erheben. Die widerrechtliche fremde Besatzung am Rhein ist eines der größten Hemmnisse, die dem wahren Frieden in Europa und in der Welt entgegenstehen.

Die Verantwortung hierfür haben ausschließlich diejenigen Mächte zu tragen, die diese Besatzung immer noch aufrechterhalten. Neue deutsche Vor- und Gegenleistungen für endgültige Räumung oder eine Verquickung der Räumungsfrage mit einer wie auch immer gearteten anderen Frage, insbesondere auch mit der Revision des Dawes-Vertrages, weist das Rheinland in Uebereinstimmung mit ganz Deutschland zurück. Wir ertragen lieber die Besatzung weiter, als daß irgendein neues Opfer von Deutschland übernommen wird.

München. In Bayern ist eine Volksbewegung im Gange mit dem Ziel des Kampfes gegen den Unitarismus und der Verteidigung von Bayerns Rechten als eigener Staat. Die Bewegung, die sich begehrennderweise weder auf Regierung noch politische Parteien stützt, wird eingeleitet durch eine große Volkshandlung unter freiem Himmel am Sonntag, dem 9. Dezember, die vom Landesbürgerrat geleitet wird und an der politische und nationale Verbände aus allen Kreisen und Schichten, aber auch Gewerbetreibende, Turnervereine, Sängerverbände usw. teilnehmen werden. Die Bewegung wird in den nächsten Wochen durch das ganze Land getragen werden.

Die Bayerische Volkspartei feierte das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens. Zur Gebehrsammlung am Sonnabend waren zahlreiche Parteimitglieder, sämtliche Parteimitglieder im Reich und in Bayern, nahezu alle Landtags- und Reichstagsabgeordneten, Parteivertreter der deutschen Zentrumspartei aus Würtemberg, Vertreter des bayerischen Zentrums und der Christlich-Sozialen Partei Oesterreichs erschienen. Präsident Sied. der Vorsitzende der Partei,

betonte in seiner Rede, daß die Bayerische Volkspartei unter dem unmittelbaren Eindruck der Revolution und im bewußten Gegensatz zur Revolution gegründet worden sei. Er erläuterte die Geschichte und Ziele der Partei und betonte ihren Kampf gegen den Unitarismus u. s. Hierbei stellte er bemerkenswerterweise fest, daß Minister Dr. Stresemann, als er in München kandidierte, für die Rechte der Länder eingetreten sei, nur aber sich wieder als begünstigter Unitarist geberde. Was das Verhältnis zwischen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei betreffe, so bestche der Wunsch nach einer Gemeinschaft auch in der Bayerischen Volkspartei, die Erfüllung hänge aber von der Haltung des Zentrums zur Frage der Eigenstaatlichkeit ab.

Die Verhandlungen um die Vermittlung Severings im Ruhrkonflikt.

Am Reichstag beschäftigte man sich am Sonnabend hinter den Kulissen nur mit der Frage, wie der weitere Verlauf der Ruhraktion des Kabinetts sein wird. Nachdem die Arbeitgeber den Vermittlungsvorschlag des Kabinetts angenommen und einer Vermittlerrolle des Reichsinnenministers Severing zugestimmt hatten, hatten die Gewerkschaften die Vermittlerrolle Severings abgelehnt und damit der sozialdemokratischen Innenminister besaouiert. Die Christlichen Gewerkschaften und die Kirch- und Dunderischen Gewerkschaften hatten ihre Zustimmung zu einer Vermittlerrolle Severings nur unter der Bedingung gegeben, daß auch die Freien Gewerkschaften zustimmen würden. Schließlich hatten nach langen Verhandlungen die Freien Gewerkschaften sich bereit erklärt, in einer Konferenz des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart und in einer Sitzung der Revierkonferenz der Metallarbeiter im Ruhrgebiet die Frage, ob die Vermittlerrolle Severings angenommen werden soll, zur Entscheidung zu bringen.

Gegen den Verrat der Gewerkschaftsböndzen.

Ein Aufruf der R. P. D. Daßung. Die R. P. D. hinderte den Generalstreik gegen die Gewerkschaften der Vermittler-Aktion an. In dem R. P. D.-Aufruf heißt es: Ein Sturm der Empörung muß durch die Reihen der Metallarbeiter des Ruhrgebietes gehen. Durch Demonstrationen muß erklärt werden: Nie und nimmer die Annahme des Severingschen Schandgespruchs! Unter den Vergewaltigern, Transport- und Elektrizitätsarbeitern muß eine verstärkte Propaganda für das proletarische Kampfbandis, für den Generalstreik der rheinisch-westfälischen Arbeiter einfließen. Schärfer als je gilt jetzt die Forderung: Gegen den Verrat der Gewerkschaftsböndzen, proletarische Gegenoffensive im Ruhrgebiet und im ganzen Reich unter der Führung einer selbstgewählten Kampfliegung.

Franzosenfeindliche Stimmung in Italien.

Rom. In ganz Italien herrscht die größte Erregung über das Urteil gegen den Mörder des italienischen Generalkonsuls Radini. Das Pariser Schwurgericht hatte den Mörder wegen „Räuberüberlegung“ zu nur zwei Jahren Gefängnis und 200 Francs Geldstrafe verurteilt. In der milden Befragung erklärt die öffentliche Meinung Italiens eine Strauforderung des Faschismus und eine schwere Beleidigung des italienischen Nationalbewußtseins.

In Rom, Mailand und Neapel fanden franzosenfeindliche Umzüge statt. Studenten, Bürger und Arbeiter wollten vor dem Palazzo Farnese, der französischen Botschaft in Rom, in geschlossener Kolonne aufziehen, um gegen den Urteilspruch des Pariser Gerichts zu protestieren, wurden jedoch von starken Truppenverbänden aufgehalten.

Eine italienische Zeitung meint, daß das Thema der französischen Goffreundlichkeit erledigt sei. Das Blatt fragt noch, wie man einen Bergleig anstellen könne, zwischen 50 Renegaten, die niemand schätze, und der Freundschaft eines Volkes, das seine ganze Geschichte und seine 50 Millionen Einwohner in die Waagschale werfen könne.

Schwere Beschuldigungen gegen einen Bürgermeister.

Wittstock. Gegen den Bürgermeister von Wittstock an der Ostsee, Voigt, werden schwere Anschuldigungen erhoben. Der Bürgermeister ist auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam vor einiger Zeit vorläufig seines Amtes entoben worden.

Man wirft Voigt vor, die Stadt dadurch geschädigt zu haben, daß er für ihm bekrenzende Firmen Kredite bei der Städtischen Spar- und Girokasse beschaffte, obwohl er das nach den Satzungen nicht durfte. In einem Falle handelt es sich um einen Wechselkredit in Höhe von 30 000 Mark, in einem anderen Falle angeblich um eine Bürgerkaft in Höhe von 300 000 Mark für ein Wittstocker Unternehmen. Voigt soll ohne den erforderlichen Beschluß des Sparkassenvorstandes diese Wirksamkeit im Namen der Stadt übernommen haben. Auch die persönlichen Verhältnisse des Bürgermeisters haben Veranlassung zu seiner vorläufigen Suspendierung gegeben. Voigt soll Schulden gehabt und dem Regierungspräsidenten auf Anfrage darüber gefälschte Auskünfte gegeben haben. Um die Revisionskommission der Regierung zu künftigen, soll der Bürgermeister einen Betrag von über 8.000 Mark, der von einem Bauunter-

nnehmer an die Städtische Siegelerei eingeholt wurde, Teire m Konto gutgeschrieben haben. Außerdem wird Voigt beschuldigt, daß er von einem fremden Konto 10 000 Mark auf sein eigenes Konto bei der Städtischen Sparkasse hat übertragen lassen. Auf Beschluß des Kammergerichts ist gegen den Bürgermeister Voigt außerdem ein Weineidverfahren eingeleitet worden.

Die Chereform-Vorschläge dem Rechtsauschuss überwiesen.

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom Sonnabend, 1. Dezember 1928.

In der Reichstagsitzung vom Sonnabend teilte Präsident Ebe zunächst mit, daß das Steuervereinsbeitragsgesetz im Reichstag eingegangen sei. Dann wurde die Aussprache über die Anträge der Linksparteien über die Reform der Ehecheidung, über die Rechtsstellung der Frau und die des außerehelichen Kindes mit einer Rede des demokratischen Abgeordneten Ehemann fortgesetzt. Der Redner wünschte eine Prüfung der Frage, ob nicht bei beiderseitigem Einverständnis ohne gerichtliche Feststellung der Berrichtung die Scheidung einer Ehe ermöglicht werden solle. — Der deutschnationale Abgeordnete Hanemann beantragte, die vorliegenden Anträge dem Rechtsauschuss zu überweisen. Frau Weber (Zentrum) erklärte, die Anträge zum Ehecheidungsrecht seien aus den wichtigsten Verhältnissen der Großstadt geboren. Diese Verhältnisse dürften nicht für die kulturelle Geesgebung bestimmend sein. Das Zentrum lehne die beantragte Reform ab. Frau Dr. Wüders (Dem.) befräht die Richtigkeit dieser Auffassung. Bisher hätten sich die Regierungen bemüht, die der Frau in der Verfassung gegebenen Verprechungen zu ungehen. Für die Wirtschaftspartei erklärte Dr. Sörffsen, die gewünschte Ehecheidungsreform würde nicht der Hebung von Moral und Sitte dienen. Notwendig sei eine Veränderung des Güterrechts und der Stellung der unehelichen Mütter und Kinder. Auch Dr. Emminger (Bayerische Volkspartei) verlangte die Reform des ehelichen Güterrechts. Die Veränderung des Ehecheidungsrechts aber würde der Frau niemals zum Heile gereichen.

Frau Reichsgraf (Zentrum) betonte, die Geborgenheit des ehelichen Kindes in der Familie könne durch nichts ersetzt werden. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauernpartei) lehnte jede Gleicherung der Ehecheidung ab.

Die Anträge wurden darauf dem Rechtsauschuss überwiesen. Das Haus verlagte sich auf Montag 3 Uhr zur Beantwortung von Interpellationen und zur Beratung von über 100 Anträgen aller Parteien über die Notlage der Landwirtschaft.

Blutige Unruhen in Agram.

Wien. Wie aus Agram gemeldet wird, kam es anläßlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Gründung des süd-slawischen Staates in Agram zu blutigen Zusammenstößen. In der Stadt, in der nur die öffentlichen Gebäude besetzt waren, sammelte sich besonders auf dem Domplatz eine ungeheure Menschenmenge an. Drei junge Leute hielten auf dem Domturm eine kroatische Fahne mit Kreuzerflur, was von der verammelten Menge mit den Rufen: „Nieder mit Belgrad! Es lebe das freie, unabhängige Kroatien!“ begrüßt wurde.

General Besovic gab den Befehl, den Platz mit gefülltem Bajonett zu räumen. Vor dem Gebäude der Serbischen Bank kam es aus unbekannten Ursachen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Schußwaffe Gebrauch machte. Ein Demonstrant wurde getötet, aber auch ein Polizeibeamter erlitt schwere Schußverletzungen.

Die Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Landau. Im Zusammenhang mit den erfolgten Verhaftungen von Beamten des Reichsvermögensamtes in Mainz durch die Franzosen wurde durch französische Kriminalbeamte ein gewisser F r i s c h aus Frankfurt a. M. angeklagt als deutscher Agent verhaftet. Es sollen noch weitere Verhaftungen vorgenommen worden sein. Man kappt völlig im Dunkeln über die Absichten der Besatzungsbehörde. Man könnte daran denken, daß die Franzosen einen Druck ausüben wollen auf den am 4. Dezember in Ludwigshafen beginnenden großen Industrie-Aktionenprozess, in den die französische „Gießerei“ polizeilich verwickelt ist. Dieser Prozess wird darüber Aufschluß geben, ob die im besetzten Gebiet von der Suretepolizei unterhaltenen Industriepolizei-Organisation noch weiter an der Unterbühnung der wirtschaftlichen und militärischen Sicherheit Deutschlands beteiligt ist; auch ist man geneigt, anzunehmen, daß die Franzosen einen Druck auf die deutschen Behörden ausüben wollen wegen der verchiedenen Fälle von Fremdenlegionsverwendungen, in denen die deutschen Behörden katastrifiz eingegriffen haben.

Das „bedrohte“ Polen.

Warschau. Im polnischen Parlament, dem Sejm, wurde der Dringlichkeitsantrag der polnischen Rechtspartei in der Angelegenheit der Sicherheitsgarantien dem Sejm auschuss für Auswärtige Angelegenheiten überwiesen. In diesem Dringlichkeitsantrag wird von der Regierung gefordert, auf Grund des Artikels 429 des Verfallter Vertrages für Polen neue Sicherheitsgarantien gegen die „Angriffsluft“ Deutschlands Polen gegenüber zu suchen, und zwar, weil es in der letzten Reichstagsdebatte über den Bau des Panzerkreuzers offenbar wurde, daß die „Nüftungen Deutschlands